



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalangelegenheiten am 02.10.2018
öffentlich**

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:12 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Ausschussvorsitzender
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreter für Herrn Bernstiel
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Krause
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und Personal
Marcel Thau	Referent GB I
Dr. Ernst Müllers	Stellv. Leiter Fachbereich Personal
Gesine Präkelt	Leiterin Abteilung Personal- und IT Controlling
Steffen Ruppe	Sonderprojekte und übergreifende Themen
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Uta Rylke	Stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christine Hahnemann	Leiterin Fachbereich Personal

zu Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohnerinnen und Einwohner zur Fragestunde gekommen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde von **Herrn Töpfer, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Herr Töpfer stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Nagel stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des TOP

- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385,

da hierzu die Unterlagen nicht rechtzeitig zugegangen sind.

Herr Geier sprach gegen die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Er erläuterte, dass ein Überblick zu dem Stellenplan 2019 gegenüber dem Jahr 2018 erfolgen soll.

Herr Senius schlug vor, dass die Verwaltung dies unter dem TOP Mitteilungen machen kann.

Herr Töpfer rief zur Abstimmung des *Geschäftsordnungsantrages von Frau Nagel* auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Damit stellte **Herr Töpfer** fest, dass der TOP 5.1 vertagt wird.

Herr Töpfer ließ zu der geänderten Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Bestätigung der Niederschriften
 - 3.1. Bestätigung der Niederschrift aus der Sondersitzung vom 29.08.2018
 - 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 05.09.2018

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: VI/2018/04385 **vertagt**
- 5.2. Verbundprojekt: Steuerungsmodell für eine klimaresiliente Smart City mit Reallaboren in Halle (Saale) und Mannheim Akronym: SMARTilience Teilvorhaben: Kommunales Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen
Vorlage: VI/2018/04344
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion zum Einsatz einer BibliothekspädagogIn
Vorlage: VI/2018/04147
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zum Stellenplan
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Bestätigung der Niederschriften

zu 3.1 Bestätigung der Niederschrift aus der Sondersitzung vom 29.08.2018

Die Niederschrift vom 29.08.2018 wurde ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

zu 3.2 Bestätigung der Niederschrift vom 05.09.2018

Die Niederschrift vom 05.09.2018 wurde ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Töpfer wies darauf hin, dass die nicht öffentlichen Beschlüsse vom 05.09.2018 an der Tür öffentlich ausgegangen wurden.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

**zu 5.2 Verbundprojekt: Steuerungsmodell für eine klimaresiliente Smart City mit Reallaboren in Halle (Saale) und Mannheim Akronym: SMARTilience
Teilvorhaben: Kommunales Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen
Vorlage: VI/2018/04344**

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Stadträte Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) und Gernot Töpfer (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage
Verbundprojekt: Steuerungsmodell für eine klimaresiliente Smart City mit Reallaboren in Halle (Saale) und Mannheim Akronym:SMARTilience
Teilvorhaben: Kommunales Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen
Vorlage: VI/2018/04480**

Herr Zwick führte in die Beschlussvorlage ein und erläuterte kurz das Projekt.

Frau Nagel fragte, womit die Vergütungsgruppe E 13 begründet wird.

Herr Zwick erläuterte, dass der Fördermittelgeber empfohlen hat, diese Vergütungsgruppe für diese Stelle anzusetzen, da die Komplexität dieses Projektes diese Eingruppierung rechtfertigt.

Durch **Herrn Rupsch** wurde angemerkt, dass dies bedeutet, dass dieser Projektmanager höher eingruppiert wird als der Leiter dieses Dienstleistungszentrums.

Herr Dr. Müllers wies darauf hin, dass entscheidend ist, welche Voraussetzungen der Fördermittelgeber hier sieht. Mitarbeiter mit einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss werden in der E13 vergütet.

Herr Rupsch hätte eine Vorstellung dieses Projektes im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten für angebracht gehalten, da hierüber bisher nichts bekannt war. Er wollte wissen, ob dieser Mitarbeiter dann dem Dienstleistungszentrum (DLZ) Klimaschutz unterstellt werden soll.

Herr Geier verdeutlichte, dass es sich um ein wissenschaftliches Projekt handelt, welches der entsprechenden Organisationseinheit zugeordnet werden soll.

Herr Senius sprach an, dass er davon ausgeht, dass die Führungskraft, welcher diese Stelle organisatorisch zugeordnet wird, keine fachliche Weisungskompetenz gegenüber diesem Mitarbeiter hat. Wenn der Mitarbeiter höher bewertet ist als die Führungskraft, kann dieser nicht von einer niedriger bewerteten Führungskraft Weisungen erteilt bekommen.

Durch **Herrn Geier** wurde auf die Förderrichtlinien hingewiesen, aus denen sich die Aufgabenstellung klar ergibt und danach wird verfahren.

Herr Wolter wies darauf hin, dass der Fördermittelbescheid noch nicht vorliegt und demzufolge eine Änderung im Beschlussvorschlag erfolgen muss, dass der Beschluss unter Vorbehalt des Zuwendungsbescheides steht. Da diese Beschlussvorlage demnächst im Finanzausschuss auf der Tagesordnung steht, bat er um eine Übersicht der Finanzierung

dieser Stelle, da unklar ist, ob hier eine 100%ige Förderung erfolgt oder aus dem Haushalt etwas zur Verfügung gestellt werden muss.

Herr Töpfer sprach an, dass ihm Herr Wolter mit dem Änderungsantrag zuvor gekommen ist und beide Stadträte einigten sich auf einen gemeinsam gestellten Änderungsantrag.

Herr Töpfer sprach an, dass zukünftig bei der Erstellung von Vorlagen darauf geachtet werden sollte, dass punktuell bereits aus dem Betreff ersichtlich sein sollte, dass es um eine Personalangelegenheit geht. So entstand der Eindruck, dass es sich um eine Umweltangelegenheit handelt. Außerdem wies er darauf hin, dass noch nicht von einer Erweiterung des Stellenplans 2019 gesprochen werden kann, da es noch keinen Stellenplan 2019 gibt.

Herr Geier wies darauf hin, dass es für die Fördermittelgeber Grundvoraussetzung ist, dass die beantragten Personal- und Sachmittel in dem jeweiligen Haushalt ab dem Jahr, für den dies vorgesehen ist, berücksichtigt wird.

Herr Töpfer rief zuerst den Änderungsantrag zur Abstimmung auf.

zu 5.2.1 **Änderungsantrag der Stadträte Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) und Gernot Töpfer (CDU/FDP) zur Beschlussvorlage Verbundprojekt: Steuerungsmodell für eine klimaresiliente Smart City mit Reallaboren in Halle (Saale) und Mannheim Akronym: SMARTilience Teilvorhaben: Kommunales Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen Vorlage: VI/2018/04480**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Stellenplans 2019 um eine Stelle, befristet bis 31.12.2021, **unter dem Vorbehalt der 100%igen Förderung der Personalkosten durch Dritte:**

Amts-/Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe Entgeltgruppe	Anzahl der Stellen in VZS
Projektmanager (m/w) Klimaanpassung/Vulnerabilität r	E13	1,000

zu 5.2 **Verbundprojekt: Steuerungsmodell für eine klimaresiliente Smart City mit Reallaboren in Halle (Saale) und Mannheim Akronym: SMARTilience Teilvorhaben: Kommunales Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen Vorlage: VI/2018/04344**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Stellenplans 2019 um eine Stelle, befristet bis 31.12.2021, **unter dem Vorbehalt der 100%igen Förderung der Personalkosten durch Dritte:**

Amts-/Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe Entgeltgruppe	Anzahl der Stellen in VZS
Projektmanager (m/w) Klimaanpassung/Vulnerabilität r	E13	1,000

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der SPD-Fraktion zum Einsatz einer Bibliothekspädagogin Vorlage: VI/2018/04147

Herr Senius führte in den Antrag seiner Fraktion ein.

Herr Töpfer stellte den Geschäftsordnungsantrag (GOA) auf Vertagung des Antrages, da dieser laut der Begründung der Verwaltung im Zuge der Haushaltsberatung diskutiert werden soll, da es um eine zusätzliche Stelle geht.

Herr Rupsch führte eine Gegenrede zu dem GOA und bat darum, einen Grundsatzbeschluss zu treffen, welcher dann in den Beratungen zum Haushalt berücksichtigt werden muss.

Frau Krischok erklärte, dass zuerst der Kulturausschuss als Fachausschuss hierüber zu befinden hat, was noch nicht erfolgt ist.

Herr Wolter erklärte, dass er nicht abstimmungsbereit ist, da dieser Antrag zuerst im Kulturausschuss diskutiert werden muss, bevor es hier thematisiert wird. Die Empfehlung zum Stellenplan sollte dann dem Finanzausschuss insgesamt gegeben werden, da dieser letztendlich entscheidet. Deswegen lehnt er eine Diskussion heute dazu ab.

Herr Töpfer rief zur Abstimmung seines GOA zur Vertagung auf.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

2 Enthaltungen

Damit wurde dieser Antrag vertagt.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt für das Jahr 2019, in Absprache mit der Stadtbibliothek, den Einsatz einer BibliothekspädagogIn abzustimmen und die finanziellen Mittel für die Besetzung der noch zu schaffenden Stelle aufzubringen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zum Stellenplan

Herr Geier wies auf den Verfahrensweg bei Anfragen zum Haushalt hin. Wie im vergangenen Jahr bittet die Verwaltung darum, die Fragen, die in jedem Ausschuss gestellt werden, schriftlich auf dem entsprechenden Formular, welches auch zum Haushalt mit hinterlegt wurde, an das Team Ratsangelegenheiten zu reichen. Der Frage-Antwort-Katalog wird dann wieder öffentlich in Session sichtbar gemacht.

Durch **Herrn Geier** wurde dargelegt, dass der Stellen- und Personalkostenplan 2019 auf Grund folgender Planungsprämissen erarbeitet wurde: Es wurden alle erforderlichen Stellen der Beamten und nicht nur vorübergehend beschäftigten Arbeitnehmer mit Funktionsbezeichnung, Besoldungs- und Entgeltgruppe dargestellt. Damit wird auch den formalen Auflagen der Kommunalaufsicht nachgekommen. Es wurde damit auch das berücksichtigt, was sich aus der Prüfung des Landesrechnungshofes ergeben hat.

Die Personalkostenplanung ist auf der Grundlage der besetzten Stellen mit den jeweiligen IST-Arbeitszeiten berücksichtigt worden. Er erläuterte die jeweiligen Faktoren die mit berücksichtigt worden sind. Bei der Planung unbesetzter Stellen wurde auf die geltende Tarif- und Besoldungstabelle zurückgegriffen und die entsprechende Berechnungsgrundlage angesetzt.

Herr Geier machte darauf aufmerksam, dass in den öffentlichen Verwaltungen in Deutschland eine durchschnittliche Nichtbesetzungsquote von 8 % ist. Dieses Jahr wurden in der Stadtverwaltung Halle (Saale) bisher 180 Auswahlverfahren durchgeführt, bis zum Jahresende 2018 werden es ca. 400 Besetzungsverfahren sein. Es lagen bisher ca. 4000 Bewerbungen insgesamt vor.

Herr Geier führte anhand einer Präsentation zum Stellen- und Personalkostenplan 2019 ein.
Die Präsentation ist in Session hinterlegt!

Herr Töpfer dankte für die Ausführungen und sprach an, dass die Behandlung des Haushaltes 2019 im November erfolgt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Herr Bönisch zur Präsentation unter TOP 8.1

Herr Bönisch sprach an, dass die erste Folie in den Zahlen nicht ganz passend ist. Dies sollte sich die Verwaltung nochmals anschauen. In den nachfolgenden Folien werden die Zahlen korrekt dargestellt.

Die Verwaltung prüft und korrigiert das.

zu 9.2 Anfrage Herr Bönisch zu den refinanzierten Stellen

Herr Bönisch fragte zu den refinanzierten Stellen nach. Was verbirgt sich dahinter? Es stehen dort 0,3, handelt es sich hier um einen Kostenzuwachs? Wie erklärt sich dieser, wenn fünf Stellen wegfallen und 4,5 dazu kommen?

Frau Präkelt antwortete, dass es sich bei den fünf Stellen um das Auslaufen einer Fördermaßnahme handelt. Das ist eine Stelle und vier Stellen resultieren aus einem Trägerbeschluss des Jobcenters, dass eine Reduzierung der Gesamtstellen beschlossen wurde. Dies wurde auch in der mittelfristigen Planung mit berücksichtigt.

Die 4,5 Stellen sind zwei Fördermaßnahmen, die im Ausschuss und Stadtrat waren. Es handelt sich um das örtliche Teilhabemanagement mit drei Stellen und 1,5 Stellen für das Projekt „Schulerfolg sichern“. Diese 0,3 stellen nur den Personalaufwand dar, als Zeichen von dem Gesamtaufwuchs des Personalkostenaufwuchses von neun Stellen sind 300 TEUR refinanziert. Dies war nur als Hinweis gedacht, um den Gesamtaufwuchs aus dem Stellenzuwachs zu erläutern.

zu 9.3 Anfrage Herr Bönisch nach einer Darstellung Personalkosten- und IST-Stellen-Entwicklung

Herr Bönisch bat um eine Darstellung der Personalkostensteigerung insgesamt. Hier wurde nur eine absolute Zahl angegeben, was macht das in Prozent als Steigerung aus? Ebenso erbat er dies für die IST-Stellenentwicklung im gleichen Zeitraum.

Falls die Personalkosten gegenüber den Tarifsteigerungen gestiegen sind, bitte begründen, warum.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.4 Anfrage Herr Senius zu unbesetzten Leiterstellen im Fachbereich Kultur

Herr Senius fragte zu unbesetzten Leiterstellen im Fachbereich Kultur nach.

Wann erfolgt die Besetzung der zwei offenen Abteilungsleiterstellen?

Wie realistisch wird die Stellenbesetzung für 2019 eingeschätzt, falls dies im Jahr 2018 nicht mehr realisiert werden kann? Wer erledigt derzeit diese Aufgaben der beiden Leitungspositionen und ist dies mit zusätzlichen Kosten verbunden?

zu 9.5 Anfrage Herr Senius zum aktuellen Besetzungsstand im Bereich Streetwork

Anfrage **Herr Senius** zum aktuellen Besetzungsstand im Bereich Streetwork.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.6 Anfrage Frau Krischok zum Stand der Ausschreibung für zwei Stellen (Demokratie und Präventionsrat)

Anfrage **Frau Krischok** zum Stand der Ausschreibung für die zwei Stellen für Demokratie und für den Präventionsrat.

zu 9.7 Anfrage Frau Krischok zum Stellenplan, hier Runtergruppierung

Warum erfolgten zwei Stellenruntergruppierungen beim Stellenwert, hier Haushalt, Seite 1375.

zu 9.8 Anfragen Frau Krischok zu den Stellen Notfallsanitätern

Frau Krischok nahm Bezug auf die Beantwortung ihrer Frage. Sie bat um Auskunft zu den Stellen Notfallsanitäter, da es hier widersprüchliche Aussagen gibt. Was ist da vorgesehen?

Zur Nachwuchsgewinnung Notfallsanitäter wurde heute von zwei Stellen zur Nachwuchsgewinnung gesprochen. Im Haushalt stehen sechs Stellen drin. Wie verhält sich das?

Frau Präkelt geht in ihrer Beantwortung davon aus, dass die Frage auf die Anlage „informativ Beschäftigte“, wo die Notfallsanitäter im Stellenplan stehen, bezogen ist. In diesem Jahr wurden zwei neue Notfallsanitäter eingestellt, also Ausbildungsverträge abgeschlossen. Für 2019 wurden nochmals zwei geplant und zwei waren bereits da, das ergibt die sechs.

zu 9.9 Anfragen Herr Bönisch zur Zugriffsmöglichkeit Führungskräfte auf Stundennachweise

Herr Bönisch fragte, ob zentral auf die Mehr- und Minderstunden aller Beschäftigten zugegriffen werden kann.

Herr Dr. Müllers antwortete, dass dies nicht zentral erfolgt, sondern Aufgabe der jeweiligen Führungskraft ist.

Herr Bönisch fragte nach, ob diese Führungskraft dazu eine eigene Buchführung macht.

Herr Dr. Müllers erwiderte, dass diese das kontrolliert.

Herr Bönisch wollte wissen, ob dies elektronisch oder händisch erfolgt.

Herr Geier führte aus, dass jeder Vorgesetzte im SAP-Portal einen Toolzugriff hat, über den er die Arbeitszeiten und damit die Mehr- und Minderstunden seiner direkten Mitarbeiter sehen kann. Der jeweilige Vorgesetzte regelt das mit seinem Mitarbeiter.

Herr Bönisch fragte, ob die Führung keinerlei Zugriffe auf diese Daten hat.

Herr Geier verwies auf die Gesetzgebung zum Datenschutz von Mai 2018.

Durch **Herrn Bönisch** wurde nachgefragt, ob damit der Oberbürgermeister nicht wissen darf, ob sich Mitarbeiter deutlich im Mehr- oder Minderbereich befinden.

Herr Geier erwiderte, dass die Verwaltungsführung das natürlich abfragen kann und dies zugearbeitet werden muss.

zu 9.10 Anfragen Herr Cierpinski zur Regelung von Mehrstunden von Mitarbeitern aus Geschäftsbereichen bei Teilnahme von Ausschusssitzungen

Herr Cierpinski fragte nach der arbeitszeitlichen Regelung für Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die in den Ausschüssen für fachliche Fragen zur Verfügung stehen. Hier nimmt er das Team Ratsangelegenheiten raus, da diese sicher eine extra Regelung haben.

Herr Geier antwortete, dass jeder Geschäftsbereich seine Mitarbeiter/-innen benennt, die im jeweiligen Ausschuss zur Verfügung stehen sollen. Hier sind unter Einbeziehung der Führungskraft Arbeitszeitverlagerungen möglich; der Personalrat muss bei Mehrstunden einbezogen werden. Schwierigkeiten gibt es bei Einzelfällen, wo Mitarbeiter über 10 Arbeitsstunden kommen, da vorher die Dauer eines Ausschusses nicht eingeschätzt werden kann. Es gibt Mitarbeiter, die Vertrauensarbeitszeit haben und da die Teilnahme anders geregelt werden kann.

Herr Cierpinski fragte, wie der Arbeitgeber das Arbeitszeitschutzgesetz umsetzt.

Herr Geier antwortete, indem das Mitbestimmungsrecht des Personalrates eingeholt wird, dass im Einzelfall über eine bestimmte Stundengrenze hinausgegangen werden darf, außerdem sind Arbeitszeitverlagerungen in Absprache mit dem Vorgesetzten möglich.

Herr Cierpinski fragte nach, ob dies bedeutet, dass vor jedem Ausschuss Einzelfallentscheidungen mit dem Personalrat herbeigeführt werden müssen, da vorab immer das Sitzungsende nicht bekannt ist.

Herr Geier erwiderte, dass er bereits darauf aufmerksam gemacht hat, dass aufgrund der nicht absehbaren Sitzungszeit es in Einzelfällen passieren kann, dass der Mitarbeiter über die rechtliche Arbeitszeit hinaus kommen könnte. Bei einer entsprechenden Bestätigung können die tariflichen Zuschläge beantragt und gezahlt werden.

Herr Töpper merkte an, dass sich dies über Arbeitszeitkonten und Arbeitszeitverlagerungen relativ einfach regeln lässt, insofern dies auch umgesetzt wird.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Töpper beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Gernot Töpper
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
stellv. Protokollführerin